Herr Nipken erläutert die Verwaltungsvorlage.

Herr Viebach erklärt, dass trotz der Vorteile (u.a. weniger Verwaltungsaufwand) von seitens der CDU-Fraktion keine Zusammenlegung gewünscht ist, da dieses Verfahren für die Bürger nicht transparent und nachvollziehbar ist.

Herr Schröder stimmt dem zu. Er hält die Verteilung der Straßenreinigungsgebühren über die Grundsteuer für nicht verursachungsgerecht. Einheitswerte, die der Grundsteuerberechnung zugrunde liegen, sind nicht repräsentativ, da neuere Gebäude mit einer höheren Einheitswert versehen werden als ältere. Sollten dies in absehbarer Zeit harmonisiert werden, dann wäre die Zusammenlegung durchaus eine Alternative.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Michalides erläutert Herr Nipken, dass die Abführung einer Gebühr über eine Steuer nicht rechtswidrig ist; viele Städte verfahren bereits danach.

Herr Stark merkt an, dass auch die SPD-Fraktion diesem Vorschlag nicht zustimmen wird, da keine gerechte Verteilung vorliegt.

Der Hauptausschuss spricht sich einvernehmlich gegen die Bürgeranregung aus.